*Rainer Löhr*

*Vorsitzender der Fraktion der SPD im*
*Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg*

*Rede zur Verabschiedung des Haushalts 2007*
*Ratssaal des Alten Rathauses der Landeshauptstadt Magdeburg*
*Magdeburg, 11. Dezember 2006*

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,
sehr geehrte Beigeordnete,
sehr geehrte Mitarbeiter der Stadtverwaltung,
liebe Gäste und Medienvertreter,

in jedem Jahr haben wir die Haushaltssituation als schwierig angesehen und beschrieben. Aber verglichen mit den Haushalten vor ca. 15 Jahren mögen uns die damaligen Sorgen gering erscheinen. Nur: da wurde immer noch die Hoffnung auf größere Gestaltungsspielräume gehegt, heute sehen es alle nüchterner – wir haben weniger und weniger eigene kommunale Handlungsfreiheiten.

Die Bürger erwarten aber von einer Landeshauptstadt, dass sie alles hat, dass sie vorangeht, dass wir es uns doch nicht erlauben könnten, hierbei oder dort hinter anderen Städten zurückzubleiben. Und dann wird verglichen mit den schicken Sachen, die man gerade in einer anderen Stadt gesehen hat. Viele Bürger können es auch gar nicht glauben, dass das Renommee der Landeshauptstadt der Regierung und dem Parlament ziemlich gleichgültig ist, die meisten der Ministerialen und Parlamentarier kommen eh nur zum Arbeiten her.

Dennoch ist es unübersehbar, wie sich die Landeshauptstadt herausgeputzt hat, wie attraktiv sie für die Bewohner geworden ist und wie die Veränderungen staunend von Besuchern wahrgenommen werden, die vor Jahren erstmals hier waren.

Aber für uns, die wir die Finanzlage der Stadt kennen, ist es der Hammer: Wir haben ein stark angewachsenes Defizit von 112 Mio. € .Man könnte in Fatalismus verfallen. Aber ich wiederhole mein Sprüchlein vom Vorjahr an dieser Stelle: So schwer es in den nächsten Jahren auch wird, wir werden es schaffen und wir werden es nicht nur schaffen, es wird uns gemeinsam auch gelingen, Magdeburg weiter voran zu bringen.

Das sogenannte Haushaltsloch ist angewachsen trotz allgemeiner Spardisziplin (gelegentlich unterbrochen von äußeren Einflüssen, aber auch internen Begehrlichkeiten) und angewachsen trotz eines peniblen Konsolidierungsprogramms. Ohne es wirklich vergleichen zu können, denke ich doch, dass unsere Stadt darin in gewisser Weise Vorbild im Lande ist.

Die so genannte kommunale Selbstverwaltung, also unsere Handlungsfähigkeit, wird bekanntlich von unserer kommunalen Aufsichtsbehörde, die sich auch mal wie ein strenger Vorgesetzter gebärdet mit dem Totschlagsbegriff „Unabweisbarkeitsnachweis“ böse beschnitten. Die stolze Stadt wehrt sich, weist nach, streitet, ob erfolgreich, ist dann lange ungewiss. Dabei haben wir eine Art Jubiläumsjahr: dank Napoleon wurden vor 200 Jahren die Gemein-

den gegenüber dem preußischen Obrigkeitsstaat gestärkt .Heute werden die Kommunen zugeschüttet mit subsidiären Aufgaben von Bund und Land, ohne aber ausreichend mit den dafür notwendigen Finanzmitteln alimentiert zu werden. Artikel 88, 1 der Landesverfassung: „Das Land sorgt dafür, dass die Kommunen über Finanzmittel verfügen, die zur angemessenen Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind.“ Nur, was denn nun angemessen ist, das kann uns keiner sagen.

Das letzte Glied in der Kette der Steuereinnahmen sind die Kommunen – und damit das schwächste Glied. Es gibt zwar mit dem Kabinettsbeschluss der Bundesregierung vom 5.11.2006 einen Fortschritt in der Einigung zwischen Bund und Ländern hinsichtlich der Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten beim SGB II mit einer Quote von 31,8 % (das sind 4,3 Mrd. €) ab 2007, das gleicht aber den von den kommunalen Spitzenverbänden errechneten Bedarf von 5,8 Mrd. nicht aus. Auch für den Zeitraum 2008 bis 2010 wird diese Quote wohl nicht ausreichen, wenn nicht die tatsächlichen Ausgaben der Kommunen für die Unterkunftskosten zum Maßstab genommen werden . Zu einer verlässlichen Entlastung der Kommunen würde es auch beitragen, dass das Land seine Einsparungen infolge des Wegfalls der besonderen Mietkostenzuschüsse vollständig an die Kommunen weitergeben würde – mahnt, die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik an.

Auch wird angekündigt, dass die Gewerbesteuer einnahmen gestärkt werden sollen. Wir wollen es nicht eigentlich, wir müssen aber eigene Mehreinnahmen generieren. Vergnügungssteuer, Hundesteuer, Abfallgebühren – stets gibt es einen Aufschrei der Betroffenen, von den Medien sekundiert: Lasst das gefälligst bleiben, wir werden eh schon genug geschröpft. Im Finanzausschuss des Landtags wurde am 29.11. ausgehandelt, dass 2007 nur neue Kredite in Höhe von 435 Mio. € netto aufgenommen werden sollen, also 50 Mio. weniger als vorgesehen. Als sachsen-anhaltinischer Bürger freut mich dieser Sparsamkeitswille natürlich, besonders ,weil die Ministerien auch insgesamt 25 Mio. € sparen müssen, aber immer taucht die bange Frage auf :was bedeutet das für uns? Nun beschließt der Landtag das neue FAG erst nach unseren Haushaltsbeschlüssen. Es bleibt also Ungewissheit, obwohl Milderungen und Entgegenkommen signalisiert wurde.

Wir fühlen uns im Würgegriff.

Na ja, , nicht alle, die Woge der Wunschanträge, unbeschadet der Situation, schwappt mal wieder über alle Bescheidenheitsgebote hinweg, schon seit langem gehegte tolle Ideen werden wieder hervorgekramt – einmal muss es doch klappen und dann hat die Fraktion x einen Sieg errungen, den sie ihrer Klientel via Medien verkündigen kann. Wie gut, dass der Finanzausschuss da schon selektiert hat!

Meine Damen und Herren,

ich weise nicht zum ersten Mal auf unsere erste Bürgerpflicht hin: Kommunalpolitiker müssen sich in erster Linie als Vertreter der ganzen Stadt verstehen und nicht partikulare Interessen vertreten, einer Klientel oder den Bürgern im eigenen Wahlkreis zuliebe. Für mich z.B. sieht es in meinem Sudenburger Dunstkreis derzeit nicht danach aus, das Gebäude des Raabe-Gymnasiums weiter für schulische Zwecke nutzen zu können. Dabei bin ich und ist meine Familie dort zur Schule gegangen, da hängt man schon dran. Für Sudenburg ist das höchst bedauerlich, und ich suche mit nach Lösungen, aber ich werde mich nicht dafür verkämpfen, nur weil ich Sudenburger bin.

Die Schuld für Missstände soll man zuerst einmal bei sich selbst suchen, das ist ein vernünftiger und bewährter Grundsatz. Nun hatten unsere Kämmerer die Fehlbedarfsausgleiche bis 2014 schon errechnet, die der Stadtrat mit dem Eckwertebeschluss bestätigt hat. Da geht mir

der sarkastische Song von Bertolt Brecht ins Ohr: „Ja, mach nur einen Plan, sei nur ein großes Licht, und mach dann noch `nen zweiten Plan, gehen tun `se beide nicht...“
Wie wir schon im Vorjahr festgestellt haben, sind unsere angestrengten Konsolidierungsbemühungen, gelobt vom Landesverwaltungsamt (!) zwar immer noch richtig, aber längst nicht so erfolgreich wie gedacht. Wir sitzen mit dem Land im selben Boot ,aber ohne selbst tragenden Aufschwung, ohne boomende Wirtschaft, höhere Steuereinnahmen, Gebühren usw. sind und bleiben wir abhängig und partiell gelähmt bei innovativen Plänen. Doch die Lasten sollten schon, fair verteilt, gemeinsam getragen werden!

Wenn die Kämmerer errechnet haben, dass wir unseren Fehlbedarf um 124 Mio. € durch die Konsolidierungsmaßnahmen gemindert haben, um mehr als die Hälfte, dann müssen wir die Schuld nicht allein bei uns suchen! Bei gleich bleibenden und verlässlichen Landeszuweisungen und zu erwartenden höheren Gewerbesteuereinnahmen bei dem viel besprochenen derzeitigen leichten Aufschwung hätten wir den Ausgleich des strukturellen Defizits 2009 schaffen können und den Ausgleich des Fehlbedarfs im Jahr 2014 – das wird nun unter den gegebenen Bedingungen beides erst wesentlich später zu schaffen sein. Wir alle haben das dem Bericht von Herr Czogalla vom 24.11.2006 entnehmen können, auch, dass im Haushaltbegleitgesetz, das die Landesregierung am 8.11. vorgelegt hat, den kreisfreien Städten höhere allgemeine Zuweisungen für Sozialhilfe versprochen werden. Unter dem Strich erhöht sich das Defizit der Landeshauptstadt aber um 2%, also um > 2 Mio. € infolge der Streichung des Familienlastenausgleichs, das sind ganze 7,2 Mio. € für die Stadt. Die bisherigen Planungen für 2007 sind damit obsolet, nun erhöht sich das Defizit also insgesamt auf 112 Mio. €. Im Vergleich zu den anderen neuen Bundesländern werden die sachsen-anhaltinischen Kommunen wesentlich stärker am Sparhaushalt des Landes beteiligt, der, ich wiederhole, im Grundsatz ja begrüßenswert ist. Zu allem kommen die noch nicht genau bezifferbaren Summen der Kosten für ALG II –Empfänger und die ab 2008 wegen der Fusion Dessaus mit Rosslau anfallenden Minderzuweisungen.

Meine Damen und Herren,

vor einem neuen Haushaltsbeschluss soll man bilanzieren, wie es denn bisher gelaufen ist, also ob das zurückliegende Jahr erfolgreich war, ob die Stadt effizient mit den knappen Mitteln umgegangen ist, diese einigermaßen gerecht verteilt hat, Fördermittel ausgeschöpft hat, ohne um jeden Preis bei notwendiger eigener Kofinanzierung jedwede Fördermöglichkeit auch ausschöpfen zu müssen. Wir wissen um die Neigungen dazu!

Es ist unübersehbar, dass in den letzten Jahren auf mehreren Gebieten(Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Sport, Freizeit u.a.) eine solide Basis geschaffen worden ist für das künftige Florieren unserer Stadt.

Das Aktuellste zuerst: Gestern wurde das nigelnagelneue Stadion eröffnet, „das erste und einzige länderspieltaugliche Fußballstadion in Sachsen-Anhalt“ (Zitat Rüdiger Koch), und wie ein Vergleich zeigt, das kostengünstigste in ganz Deutschland. Und noch ein Zitat, aus der Mitteldeutschen Zeitung aus Halle vom 6.12.: „Nach langen Planungen und erbitterten Streitereien wird das Stadion am Sonntag eröffnet“. In diesem Saal wissen alle, worum es bei den Streitereien ging. Und auch gegen den Vorwurf der Rechtswidrigkeit hat sich der OB, hat sich die Stadt durchgesetzt – und diesmal hatten wir das Landesverwaltungsamt als Rückendeckung gegen den Landesrechnungshof!

Die Stadt Halle versucht seit Jahren, aus der gleichen Situation wie Magdeburg heraus ein neues Stadion zu bauen. Hier stehen sogar 5 Mio. € Landesförderung in Aussicht, vom verflossenen Sportminister versprochen, aber bevor Empörung und Neid von Magdeburger Seite aufkommt: wir haben auch Landesförderung bekommen, für das Stadionumfeld, für die neue

Leichtathletik-Laufhalle, Umkleide- und Sanitärgebäude und die Sanierung von 2 Rasenspielfeldern. Der Ausbau des Sportgymnasiums, das wir in städtische Obhut nehmen, wurde zu 1oo % gefördert.

Ein Sorgenkind hat uns vor wenigen Tagen beschäftigt: die ständig steigenden Kosten der Entwicklungsmaßnahme Rothensee. Allen ist bange, welche Dimensionen das noch anzunehmen droht, auch wenn bekannt ist, dass damit viele Arbeitsplätze geschaffen wurden und dass Mehrung des Vermögens erfolgte. Es sollte eine neue Strategie zur forcierten Ansiedlung von Investoren entwickelt werden, noch dazu, weil wir gemeinsam mit der Einheitsgemeinde Sülzetal ein großes attraktives Gewerbegebiet entwickeln wollen, wobei die Ansiedlungen dort branchenseitig keine Konkurrenz für die noch nicht gefüllten innerstädtischen Gewerbegebiete sein sollen (laut Vertrag).

Der neue Hansehafen ist aus Sicht der SPD-Fraktion der Hoffnungsträger Nr. 1, natürlich im Zusammenhang mit allen anderen Firmen in Rothensee u.a. Stadtgebieten. Die Hafengesellschaft sitzt bereits auf dem aufsteigenden Ast. Die Ansätze zur Clusterbildung gilt es zu fördern: bei der Holzwirtschaft, der regenerativen Energiegewinnung, der Kreislaufwirtschaft, der Ernährungsindustrie und natürlich der traditionsreichsten Branche Magdeburgs, dem so stark geschundenen Maschinenbau, der nun aber schon seit Jahren wieder durch zwar kleinere aber feine Betriebe eine solide stabile Neuformierung geschafft hat. Dieser Hansehafen nun ist als trimodaler Umschlagplatz für hafenaffines Gewerbe ideal gelegen und eingerichtet und hält große Flächen für Neuansiedlungen bereit. Einige haben schon angebissen. Die Unabhängigkeit vom Elbwasserstand wird mit dem letzten Point des Projektes Deutsche Einheit Nr. 17 , der Niedrigwasserschleuse, gewährleistet, wenigstens für den Hafen in Nord- ,West- und Ostrichtung .Unser dringender Wunsch nach gleichzeitigem Weiterbetrieb des Schiffshebewerks als Alternative zur Sparschleuse am Mittellandkanal wird leider vom Bundesverkehrsministerium kühl behandelt und aus eigener Kraft scheinen es Stadt, Umland, Weiße Flotte und Hafenbetriebe wohl nicht stemmen zu können. Das ist ein schmerzhafter Fakt, aber wir hätten es wissen oder zumindest ahnen können, da es sich um eine Bundeswasserstraße handelt und deren Belange werden aus Sicht des Bundes befriedigt.

So verhält es sich auch mit dem Ausbau bzw. der Ertüchtigung der Elbe als Bundeswasserstraße, bei der die Stadt nur flankierend in eigener Interessenlage mitwirken kann, wenn es z.B. um Hochwassergefahren geht. Die Stadt nimmt, entgegen permanenter Vorwurfshaltung wegen angeblicher Untätigkeit diese Bürgerinteressen wohl wahr, ist aber nicht allzuständig. Behauptungen dieser Art, wider besseres Wissen, sind nicht hilfreich.

Weil uns Dresden als gekürte Stadt der Wissenschaft 2006 den Rang abgelaufen hat, ist Magdeburg zu einem Jahr der Wissenschaften aufgelaufen, um die vielen geistigen und materiellen Investitionen im Vorfeld nicht ungenutzt bleiben zu lassen. Und das war ein überaus erfolgreiches Jahr, dessen Highlights noch Langzeitwirkungen haben werden. Großes überregionales Aufsehen erweckte z.B. das virtuelle Trainings- uns Forschungszentrum des Fraunhofer-Instituts; dies und der Wissenschaftshafen incl. einer Denkfabrik im alten Handelshafen, der alle Voraussetzungen hat für ein künftiges attraktives Gewerbe- und Wohngebiet a la Hamburg oder London, natürlich im Format minimiert.

Die industrienahe Forschung und Entwicklung neuer Produkte – in Magdeburg sind dafür die Voraussetzungen im Zusammenspiel von Hochschulen, Forschungsinstituten und spezifischen Branchen gegeben. Es wurde auch Zeit für diese Basis eingedenk des Auslaufens der Investitionszulagen bis 2009. Und dann müssen wir weitersehen.

In die Bilanz gehören viele weitere Erfolge, aber auch weniger erfolgreiche Unternehmungen. Wenn ich zu letzteren den unsäglichen Lindwurm zähle, so mag das manchen „Kennern“

nochsubjektiv erscheinen (nach dem bekannten, nichtsdestoweniger falschen Motto, Kunst sei Geschmackssache). Aber der Aussichtsturm ist letztendlich doch fertig geworden und strahlt blau und mit Blinklicht nachts als Landmarke. Große Sorgen machen uns seit längerer Zeit die Zollbrücke und seit kurzem die Strombrücke. Dieses Problemfeld der innerstädtischen Elbüberquerung müssen wir sofort angehen.

Nur kurz erwähnen möchte ich die starken Leistungen der Stadt bezüglich der Kulturangebote bei Theatern und Konzerten, Bibliotheken, Konservatorium, Zoo, Gesellschaftshaus u.a. und besonders den Museen(das internationale Renommee durch die Europaratsausstellungen ist eminent); aber auch die Sportstätten und die sportlichen Erfolge sind für viele Bürger wichtig und stärken das Identitätsgefühl.

Vor uns liegen auch weiterhin Ereignisse und Jahrestage, auf die wir vorbereitet sein sollten: das Kulturstadtjahr 2007 mit dem Motto „Aufbruch“ , runder Geburtstag und Todestag Hasselbachs, 30 Jahre Städtepartnerschaft mit Sarajewo, einige andere Daten, die diesen Rahmen sprengen würden, aber langfristig 8oo Jahre Dom 2009 und die IBA 2010 „Leben mit und an der Elbe“. Gehören diese Dinge in eine Haushaltsdebatte? Ja, denn sie kosten immer auch Geld, aber sie fahren auch immer Geld ein, das nie so genau bezifferbar ist wie die Ausgaben, aber jedem Kommunalpolitiker muss die Komplexität der Auswirkungen auf die Umsätze der Händler und die touristische Anziehungskraft bewusst sein, wenn er verantwortungsvoll Entscheidungen treffen will.

Meine Damen und Herren,

nicht dass Sie denken, ich hätte es vergessen: das Thema Eingemeindungen lasse ich mal bewusst hier aus und über solche Sachen wie WOBAU-Verkauf u.ä. wollen wir dann konkret bei den Anträgen reden.

Sehr geehrte Stadtratskollegen und Mitarbeiter der Verwaltung incl. Oberbürgermeister,

wieder kann der neue Haushaltsplan für 2007 schon in diesem Jahr beschlossen werden, eigentlich eine Selbstverständlichkeit, die aber in Wahrheit keine ist, denn die Unwägbarkeiten und Risiken bestehen bis zuletzt. Ein frühzeitig beschlossener und dazu ein genehmigter Haushalt ist die Voraussetzung für Ausschreibungen öffentlicher Aufträge und Förderung von Vereinen. Jede Verzögerung wird also weitergereicht.

Unsere Debatte ist wie immer eine politische Generaldebatte, sollte aber vorrangig Gestaltungswillen erkennen lassen. Wir wünschen uns eine echte konstruktive Zusammenarbeit unter Hintanstellung politischer Ambitionen und Profilierungssucht. Ich weiß, das ist nur ein frommer Wunsch.

Meine Damen und Herren,

die SPD-Fraktion wird diesem Haushalt also zustimmen, aus Verantwortung für die Daseinsvorsorge für die Bevölkerung. Wir wollen auch, wie üblich, aber auch ganz ehrlich, dem verantwortungsbewussten Kämmerer und seiner ganzen Mannschaft Dank sagen für ihre mühsame, ständig zu korrigierende und sicher auch nicht emotionslose Arbeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

[Es gilt das gesprochene Wort.]